

Adenauer / 21

Unser Ziel: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.



„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“

Die CDU wird mit einer Erneuerung des Grundsatzzprogramms ihr Profil schärfen.

Das beschloss der Bundesvorstand der CDU Deutschlands auf einer zweitägigen Klausur in Mainz. Nur durch eine „wertegebundene“ Politik und dem Bekenntnis zum Leitbild „einer Gesellschaft

der gerechten Lebenschancen“ könnten Antworten auf die Fragen des 21. Jahrhunderts gefunden werden, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, bei der Vorstellung der „Mainzer Erklärung“.

In der Erklärung mit dem Titel „Unser Ziel: Neue Gerechtigkeit durch mehr ▶

INHALT

Ronald Pofalla:
Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit – für eine neue Gesellschaftsdebatte
Seite 3–7

Dokumentation:
Mainzer Erklärung des Bundesvorstands der CDU Deutschlands
Innenteil

► Freiheit“ macht die CDU deutlich, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Entscheidend für die Zukunft Deutschlands sei, dass diese drei Grundwerte wieder zu einem harmonischen Dreiklang zusammengefügt würden, sagte Angela Merkel. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Parteilarbeit in den Jahren 2006 und 2007 werde deshalb die Weiterentwicklung des Grundsatzprogrammes der CDU aus dem Jahr 1994 sein.

Den Auftakt für diesen Prozess werden der kleine Parteitag und eine erste „Wertekonferenz“ am 20. Februar in Berlin bilden. Im April wird eine Grundsatzprogrammkommission eingesetzt werden. Die CDU-Vorsitzende kündigte an, dass die Grundsatzdiskussion in der ganzen Partei breit geführt werden soll und im April und Mai die „grundlegenden Fragen“ des politischen Selbstverständnisses der Partei auf Regionalkonferenzen mit der Parteibasis erörtert werden sollen. Ziel



Foto: PIEL media

Am Vorabend der Bundesvorstandsklausur folgte die Bundeskanzlerin einer Einladung des rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Christoph Böhr, zum Neujahrsempfang der CDU Rheinland-Pfalz. In der mit 3500 Besuchern vollbesetzten Rheingoldhalle sicherte Angela Merkel allen wahlkampf führenden Verbänden die volle Unterstützung der Bundes-CDU im Wahlkampf zu.

müsse es auch sein, die CDU neuen Wählerschichten zu öffnen. Die CDU werde durch die Debatten „gerade auch für jüngere Menschen noch interessanter und attraktiver“, zeigte sich Angela Merkel überzeugt.

Als zweiten Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2006 beschloss der Bundesvorstand die Einsetzung einer Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ unter der Leitung von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und dem sachsen-anhaltinischen Kultusminister, Jan-Hendrik Ol-

bertz. Diese Kommission soll ihre Arbeit bis zum Herbst abschließen und einen Antrag für den Bundesparteitag im November in Dresden erarbeiten. Dabei geht es unter anderem um frühkindliche Erziehung und bessere Bildung für alle Kinder.

Die Vorsitzende kündigte außerdem an, dass ein weiteres Expertengremium unter Leitung des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Karl-Josef Laumann Vorschläge erarbeiten werde, wie Beschäftigte stärker am Unternehmenskapital beteiligt werden können.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Ronald Pofalla

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit – Für eine neue Gesellschaftsdebatte

Gerechtigkeit wird häufig als die Jungfrau Justitia mit verbundenen Augen dargestellt, die in der einen Hand eine Waage, in der anderen ein Schwert hält. Würde diese Justitia heute die Gerechtigkeit in Deutschland messen, ständen die Waagschalen in einem starken Ungleichgewicht: Die soziale Herkunft der Eltern bestimmt zum großen Teil den Bildungserfolg und damit die beruflichen Möglichkeiten ihrer Kinder. Die Chancen für ältere Arbeitslose, wieder eine Beschäftigung zu finden, sind minimal; und wenn man arbeitet, hat man nicht zwangsläufig mehr, als wenn man nicht arbeitet. Hinzu kommt: Paare, die sich für Kinder und damit die Zukunft unseres Landes entscheiden, müssen vielfach erhebliche finanzielle Einschnitte verkraften und für viele Frauen scheitert die Verbindung von Familie und Beruf bereits an den staatlichen Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung. Mit anderen Worten: Der deutsche Sozialstaat ist ineffizient und mitunter sogar die Ursache für Schief lagen bei



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

der sozialen Gerechtigkeit – und das, obwohl wir heute so viel Geld für Soziales ausgeben wie noch niemals zuvor.

Dies sind unangenehme Wahrheiten für jeden, der sich den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet fühlt. Sie sind auch die Folge eines überholten Gerechtigkeitsbegriffs, der es in der Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten verhindert hat, mit teilweise unpopulären aber richtigen Weichenstellungen der immer größer werdenden Probleme Herr zu werden.

Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit stehen wir heute gemeinsam, in ei-

ner großen Koalition vor einer Weggabelung: Entweder wir verweigern uns weiter der Realität, selbst wenn dies die Schief lage in unserem Land weiter verschärft. Oder wir stellen uns der Wirklichkeit und schaffen mit der Kraft der Freiheit und der Kraft des Zusammenhalts eine neue Gerechtigkeit.

Für die CDU ist die Antwort auf diese Frage angesichts von struktureller Massenarbeitslosigkeit, demographischer Entwicklung und globalem Wandels klar: Wir müssen neue Pfade gehen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Gerechtigkeit, das nicht nur zurück, sondern auch wieder nach vorne blickt. In der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts stand noch der Schutz des Arbeitnehmers vor Ausbeutung im Mittelpunkt. Sozialversicherungen, Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifautonomie oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall waren die richtigen Antworten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Heute – zu Beginn des 21. Jahrhunderts – lässt

sich die Frage nach Gerechtigkeit mit eindimensionalen Verteilungskriterien allein nicht mehr gültig beantworten. Es geht vielmehr um einen umfassenderen Gerechtigkeitsbegriff, der den veränderten Wirklichkeiten Rechnung trägt. Unser Leitbild ist deshalb eine Politik der neuen Gerechtigkeit.

Chancengerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet erstens Chancengerechtigkeit. Die Herkunft darf nicht die Zukunft bestimmen. Unabhängig davon, ob man als Arbeitersohn oder Professorentochter geboren wird, müssen die staatlichen Startchancen sich zu entwickeln, sich zu bilden und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden, für alle in gleicher Form gegeben sein. Die Lebenschancen dürfen nicht schon bei der Geburt feststehen.

Moderne Sozialpolitik darf sich deshalb nicht nur auf die rein quantitative Umverteilung von Geld beschränken. Sie muss vor allem die Qualität besitzen, bei dem Einzelnen anzusetzen und individuelle Hilfestellungen leisten – egal, ob jung oder alt,

unabhängig von sozialer Herkunft und Religion. Jeder muss eine faire Chance zur Lebensgestaltung haben.

Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition den Einzelnen stärkt und ihn so befähigt, in einer veränderten Welt seine Chancen zu finden. Wir dürfen dabei aber nicht stehen bleiben. Die CDU muss klarstellen: Das Bildungssystem der Zukunft muss sich an alle Sozial- und Altersgruppen wenden. Frühkindliche Bildung und gute Erziehung dürfen keine sozialen Privilegien sein, sondern müssen Gültigkeit für jede und jeden Einzelnen haben. Lebenslanges Lernen muss der Standard werden. „Weiterbildung mit 50“ statt „Rente ab 60“ ist sowohl sozial gerechter als auch wirtschaftspolitisch vernünftiger.

Neben dem Zugang zu Bildung bestimmt der Zugang zu Arbeit das Maß an Chancengerechtigkeit einer Gesellschaft. Die größte Ungerechtigkeit in Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit. Sie grenzt Menschen aus, untergräbt die soziale Sicherheit und die Einnahmehasis des Staates. Vor allem ältere und gering qualifizierte werden heute vielfach dauerhaft von der ei-

genständigen Finanzierung des Lebens ausgeschlossen. Die Ermöglichung von Arbeit und eigenen Erwerbseinkommen hat daher eine Schlüsselbedeutung. Gerecht ist, was Arbeit schafft! Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition durch die Weiterentwicklung des Kündigungsschutzes und die Entlastung von Bürokratie die Chancen für mehr Arbeitsplätze erhöht. Doch auch hier müssen wir weitere Schritte gehen. Deshalb ist es richtig, dass CDU klarstellt: Die betrieblichen Bündnisse für Arbeit bleiben auf der Tagesordnung. Ein gemeinsames Anliegen der Großen Koalition ist die Umsetzung der alten CDU-Kernforderung, Kombilöhne auf dem Arbeitsmarkt einzuführen.

Chancengerechtigkeit ist für die CDU auch ein Gebot in globalen Fragen. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss einen wirksamen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ganzen Welt leisten, damit die Menschen auf allen Kontinenten an den Chancen der Globalisierung in Freiheit teilhaben können. Diese Solidarität ist sowohl Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes als auch Bestandteil einer vor-

sorgenden Politik für unsere eigene Sicherheit. Die CDU ist überzeugt: Mit den richtigen Rahmenbedingungen – auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft und in einer Weltfriedensordnung – können alle Länder zu Gewinnern der Globalisierung werden.

Generationengerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet zweitens Generationengerechtigkeit. Für jede Generation muss eine faire Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität gefunden werden. Alte Gerechtigkeitspolitik ist auf die Gegenwart und auf eine horizontale Umverteilung beschränkt. Sie führt zu einer immer stärkeren Belastung der kommenden Generationen – sowohl in der Finanz- wie in der Sozialpolitik, weil der Blick nach vorn fehlt. Die neue Gerechtigkeit muss Lasten und Leistungen von heute und morgen zwischen Alt und Jung fair verteilen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition die Konsolidierung des Haushalts vorantreibt und damit die Schuldenlast unserer Kinder zurücknehmen will. Sie schafft damit eine neue finanzielle Gerechtigkeit zwi-

schenden Generationen und sichert die Zukunft unseres Landes – auch wenn dies mit harten Einschnitten verbunden ist. Genauso richtig ist es, dass wir mit Augenmaß vorgehen und klarstellen, dass die Renten aus Respekt vor der Lebensleistung nicht gesenkt werden.

Generationengerechtigkeit ist auch das entscheidende Kriterium für den notwendigen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Jede Generation muss ihren Beitrag leisten, damit wir soziale Sicherheit heute und morgen gewährleisten können. Dazu zählt nicht nur die Wirtschaftskraft des Einzelnen. Dazu zählt auch, als Eltern Verantwortung zu übernehmen und Kinder großzuziehen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition das Umlagesystem der sozialen Sicherung durch ein kapitalstockgestütztes System ergänzt, die Lebensarbeitszeit verlängert und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen einführt. So werden die Lasten zwischen jung und alt gerecht verteilt.

Diese Neuausrichtung der Finanz- und Sozialpolitik darf aber nicht von kurzer Dauer sein. Deshalb ist es notwendig, dass die CDU auch in künftigen Wahl-

kämpfen den Kurs der Klarheit und Verlässlichkeit fortsetzt und klar macht: Nur, wenn es gelingt, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen, werden wir die Probleme auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit lösen. Deshalb ist richtig, dass für die CDU Vorfahrt für Arbeit weiter oberste Priorität hat.

Dabei ist es wichtig, die Balance zwischen dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Menschen und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Generationengerechtigkeit bezieht sich auch auf den Schutz von Umwelt und Natur. Unsere Kinder und Enkelkinder haben den gleichen Anspruch auf intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer wie wir. Faire Lebenschancen im ökologischen Bereich können wir erreichen, indem wir v. a. auf einen breiten und nachhaltigen Energiemix setzen, die Verbraucher und Unternehmen von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen entlasten und gleichzeitig Erdatmosphäre und Umwelt schützen. Dies ist der beste Weg, um Generationengerechtigkeit im umfassenden Sinn zu ver-

wirklichen, also in ökologischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht.

Leistungs- gerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet drittens Leistungsgerechtigkeit. Die Leistungsträger in allen Schichten unseres Landes müssen ermutigt und belohnt werden. Denn Hilfe für Bedürftige kann nur in dem Maße sichergestellt werden, wie Beschäftigte und Unternehmer durch ihre wirtschaftliche Leistung die Voraussetzung für die staatliche Unterstützung schaffen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition mit dem Wachstumsgesetz und der Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten die Nettoeinkommen erhöht und so einem unverzichtbaren Grundsatz wieder Geltung verschafft: Leistung muss sich wieder lohnen.

Doch Leistungsgerechtigkeit bedeutet auch, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Wenn Reiche sich arm rechnen und keine Steuern zahlen, wird dies in Frage gestellt. Deshalb ist es notwendig, dass die CDU Wege aufzeigt, wie

unser Steuersystem transparent gemacht, Steuerschlupflöcher geschlossen und damit die finanziellen Lasten fair verteilt werden können.

Familien- gerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet viertens Familiengerechtigkeit. Das traditionelle Familienbild mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als Mutter und Hausfrau entspricht heute – insbesondere in der jüngeren Generation – vielfach nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Zum einen werden die Formen der Arbeitswelt immer differenzierter. Zum anderen ward das Bildungsniveau vieler Frauen nie so hoch wie heute und allein daraus ergeben sich neue berufliche Perspektiven. Auf diese grundlegende gesellschaftliche Veränderung reagiert die Bundesregierung vor allem mit dem Elterngeld, mit mehr Verständnis für die Lebenswirklichkeit von Doppelverdienern und neuen Anreizen für junge Paare.

Doch das allein reicht nicht aus. Denn Familien und Kinder verdienen unser aller Einsatz. Von ihnen hängt die Zukunft Deutschlands ab.

Die CDU tritt deshalb dafür ein, dass die Krankenversicherungskosten für Kinder vor allem über Steuern – und damit von allen – statt wie heute nur vom Kreis der gesetzlich Versicherten finanziert werden. Niemand soll sich aus der Solidarität freikaufen können. Alle müssen für die Zukunft unserer Gesellschaft ihren Beitrag leisten. Die Verbesserung der Betreuungsangebote für frühkindliche Erziehung aber auch ein Umdenken in den Betrieben wären Schritte auf dem Weg in eine moderne, zukunftsfeste Gesellschaft, die die Potenziale von Familien weckt.

Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Familiengerechtigkeit – nur mit diesem modernen Gerechtigkeitsverständnis, das wirtschaftliche Notwendigkeit und soziale Verantwortung miteinander verbindet, bleibt das Fundament der sozialen Sicherung stabil. Gleichwohl erfordert neue Gerechtigkeit auch weiterhin eine Umverteilung von den Starken zu den Schwachen, von den Reichen zu den Armen, von den Gesunden zu den Kranken. Niemand ist gefeit davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, krank, bedürftig oder arbeitsunfähig

zu werden. Jeder muss die Hilfe bekommen, die er braucht. Diese Hilfe soll vor allem zur Selbsthilfe befähigen und die Menschen in die Lage versetzen, am Leben der Gemeinschaft teilzuhaben. Unterstützung, die wie bisher zur Passivität anregt und nur auf staatliche Alimentierung setzt, ist zu wenig.

Die neue Gerechtigkeit darf deshalb nicht auf Hilfe und Sozialtransfers fixiert bleiben, sondern muss auch auf Freiheit und Eigenverantwortung setzen. Für die CDU ist klar: Neue Gerechtigkeit verteilt nicht einen einzigen immer kleiner werdenden Kuchen möglichst „gerecht“. Sie sorgt dafür, dass möglichst viele in der Lage sind, für sich selbst einzustehen, damit der Kuchen insgesamt wieder größer wird.

Damit dies gelingt, brauchen wir wieder mehr Freiheit, die eigenen Chancen zu nutzen und Talente zu entfalten. Mehr Freiheit, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und Gemeinsinn zu stiften – ob in Familien, Betrieben, Vereinen, Stiftungen oder Schulen. Ohne Freiheit gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine Freiheit. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind

keine Gegensätze, sondern bedingen einander gegenseitig. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist deshalb, dass wir diese drei Grundwerte wieder zu einem harmonischen Dreiklang zusammenfügen. Diese Frage wird daher auch die Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms der CDU in den kommenden Jahren stark bestimmen.

Die CDU hat mehrfach in der Geschichte der Bundesrepublik gezeigt, dass sie die Kraft hat, nach vorne zu denken und die Weichen richtig zu stellen – auch wenn Widerstände dabei zu überwinden waren. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard sind in einer Zeit schlimmsten Mangels nicht für mehr Staat und weniger Freiheit eingetreten, sondern haben im Gegenteil eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung etabliert, die Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb mit Solidarität und sozialer Sicherung verbunden hat – die Soziale Marktwirtschaft.

Diese programmatische Kraft braucht und hat die CDU auch heute wieder. Die Soziale Marktwirtschaft muss für das Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft weiterentwickelt wer-

den. Grundlage dieser Weiterentwicklung ist die Idee der neuen Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Sie stärkt die wirtschaftlichen Fundamente wie den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Niemand bleibt zurück, aber alle werden sich anstrengen müssen. Wenn wir das schaffen, kommen auch die beiden Waagschalen der Justitia wieder ins Gleichgewicht.

Dieser Namensartikel ist in einer Kurzform in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 4. Januar 2006 erschienen.



WEB-TIPPS

Im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de

- „Aufschwung und Vertrauen. Politik im Dreiklang Investieren – Sanieren – Reformieren“: Ergebnispapier der Klauertagung des Bundeskabinetts in Genshagen vom 9. bis 10. Januar 2006 (PDF)

Im Internetangebot der Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de

- Das ändert sich ab 2006 – Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren wird umgesetzt: Neuregelungen/ Maßnahmen (3 Dokumente / PDF)